

# DEMOGRAPHIE



Mitteilungen der Johann-Peter-Süßmilch-Gesellschaft für Demographie e. V. - Berlin 1997, Nr. 17

## Das demographische Problem in seiner Relevanz für die Globalökologie/Globalistik

(Vortrag auf der 96. Veranstaltung des Arbeitskreises Demographie am 13. Februar 1997)

Von jeher bewegen Zukunftsfragen viele geistig engagierte Menschen. Das Novum besteht jedoch darin, daß die zu "bewältigende Zukunft" näher rückt, d. h. manche früher als utopisch scheinende Schicksalsfragen großer Menschengruppen vernetzen sich in erdumspannenden Ausmaßen zu aktuellen Existenzbedingungen des weiteren Fortbestehens von Flora und Fauna unseres Geoides, die Menschheit dabei als Spitze der Lebenspyramide eingeschlossen!

Die globalen Betroffenheiten und Vernetzungen derartiger Phänomene geraten somit auch in zunehmendem Maße in das Interessenfeld der Wissenschaft - und man sollte hoffen - auch von zukunftsorientierten Politikern!

Aufgabenbereiche wie "Globalistik" und "Erdpolitik" werden somit in zunehmendem Maße zu Objekten praktischer Handlungen!

Die "Globalistik" - und ihre Spezifizierung für die ökologischen Komplexe (Globalökologie) - bewegen sich als Denk- und Forschungsrichtungen für "Übermorgen" zu Lehr- und Wissenschaftsdisziplinen für die sich mit warnenden Signalen meldende Zeit von "Morgen" bis zur Gegenwart!

Das etablierte Wissenschaftsgeflecht ist traditionell extrem differenziert und spezifiziert geprägt, wodurch sich ein Zugriff zu vernetzten und sich überschneidenden Prozessen als erschwerend darstellt, noch gefordert durch wissenschaftsrelevante Aspekte wie Sozialrelevanz, Perspektivbewußtsein und Wertungsnotwendigkeit, die künftig für die Beurteilung globaler Prozesse unabdingbar sind, von den aktuellen Naturwissenschaften und ihren Folgedisziplinen jedoch zu gern gemieden werden, was aus unliebsamen Erfahrungen gespeist, persönlich durchaus verständlich ist.

Bei der Erörterung und Klassifizierung der globalen Probleme begegnet man oft bei der Wesensbestimmung einer weiten und einer engen Fassung derselben. Es gibt Versuche, diese nur auf die enge zivilisatorische Existenzsicherung - sprich Friedensbewahrung - zu reduzieren, da man sagen kann: "ohne Frieden ist Alles Nichts". Hier muß man jedoch einwenden "der Frieden ist nicht Alles", denn auch bei relativer Friedensbewahrung können künftig die Voraussetzungen des Lebens verloren gehen. Hier dürfte der eigentliche Übergang zur Bestimmung der globalen Probleme bestehen.

Andererseits gibt es Versuche einer sehr weiten Fassung. Hier werden alle aktuellen land- und systemübergreifenden Erscheinungen von großer Bedeutung zu "globalen Problemen". Auch bei einer solchen Auffassung verliert die Globalistik ihren Sinn!

Zunächst soll versucht werden, allgemeine Kriterien für globale Probleme zu nennen:

Bei den globalen Phänomenen handelt es sich um Schicksalsfragen der Menschen die:

- die Lebensinteressen aller Völker betreffen
- bei Nichtbeherrschung die Menschheit mit erheblichen Beeinträchtigungen der natürlichen und zivilisatorischen

Lebensbedingungen belasten,

- nur durch das vereinte Wirken aller Staaten bewältigt werden können,
- grenz- und systemüberschreitend in Erscheinung treten,
- - weltweit noch effektiv ungelöst erscheinen.

In Konkretisierung dieser allgemeinen Klassifizierung wären dabei in ihrer Vernetzung zu nennen:

- Allgemeine Friedenssicherung

## Inhaltsverzeichnis

BEITRÄGE	Seite
Johannes Dittrich: Das demographische Problem in seiner Relevanz für die Globalökologie/Globalistik	1
Parviz Khalatbari: Die demographische Transition in den Entwicklungsländern	2
Siegfried Grundmann: Demographische Strukturen und räumliche Wandlungsprozesse auf dem Gebiet der neuen Bundesländer (1945 bis zur Gegenwart)	3
Christine Rösch, Volker Steinbiker: Fehlbildungserfassung in der Region Magdeburg	5
Rainer Mackensen: Wie geht die Bevölkerungswissenschaft in Deutschland mit ihrer Vergangenheit um?	9
AUS DEM LEBEN DER GESELLSCHAFT Jahresmitgliederversammlung 1997	10
Veranstaltungen des Arbeitskreises Demographie	10
TERMINE	
Konferenzen 1997	11
Konferenzen 1998	11
PRESSESPIEGEL	
- Hinweise auf neue Publikationen	11
- Union: Demographische Verschiebungen bewerten	11
- Kinder bei Entscheidungsprozeß einbeziehen	11
- Bundestag: Beschlüsse der Weltfrauenkonferenz umsetzen	11
- Wegen der Kinder wird langfristig disponiert	12
- Freiwillige Rückkehr nach Bosnien ermöglichen	13
- 1996 erstmals seit der Vereinigung Deutschlands mehr Geburten als im Vorjahr	13
- Ergebnisse der Schwangerschaftsabbruchstatistik nach der gesetzlichen Neuregelung der Statistik für das Jahr 1996	13
- Ende 1996 lebten rund 7,3 Mill. Ausländer in Deutschland	14
- UN-Veröffentlichungen zu Bevölkerung und Demographie im Internet	14
- Am Rande bemerkt	14

- Reduzierung des Nord-Süd-Gefälles
- Sicherung der Funktionen der globalen Ökosysteme (Artenvielfalt)
- Reduzierung der Bevölkerungszunahme
- Sicherung ökologisch verträglicher Energie- und Rohstoffversorgung
- Sicherung der Wasser-, Boden- und Luftressourcen
- Quantitative und qualitative Welternährungssicherung
- Verhinderung von sich ausbreitenden Prozessen der sozialen Deformation
- Problemkreise der Beziehungen von wissenschaftlichen, technischen und sozialen Fortschritt (technischer Fortschritt = sozialer Fortschritt?).

Die rasante Bevölkerungsentwicklung erweist sich deshalb als globales Problem und für die Globalistik inhärent relevant, da die sich nach wie vor vollziehende Bevölkerungszunahme z. Z. zu bisher unterschätzten Folgeproblemen (globaler Natur) wie:

- Friedensgefährdung,
- Soziale Deformation,
- Umweltzerstörung,
- Ressourcenraubbau,
- Gewaltige Migrationsprozesse,
- Ernährungs- und Gesundheitsprobleme,
- Unterbeschäftigung / Arbeitslose führt!

Die gängige Losung "Global denken - lokal handeln" bedarf unter dem Gesichtspunkt der Zuspitzung der globalen Pro-

bleme ihrer Erweiterung zum Erfordernis globaler Handlungen bei nachweislich globaler Betroffenheit. Das aktuelle Bevölkerungsproblem zeigt dies mehr als deutlich.

Aus ökologisch-globaler Sicht ergeben sich daraus auch einige Grundsatzfragen an die Demographie als Wissenschaft, auch wenn darauf schon viele Detailantworten gegeben wurden:

- Hat die Erde Platz für immer mehr Menschen, oder bedarf es wegen ihrer physischen Begrenztheit einer Obergrenze zu spezifischen Zeiten?
- Wächst die Bevölkerung schneller als ihre Lebensvoraussetzungen oder umgekehrt (global gesehen)?
- Was heißt Überbevölkerung im Zusammenhang mit weiteren globalen Erscheinungen (z. B. Umwelt) und welche Zahl gilt an welchem Ort als optimal?
- Geht hinsichtlich demographischer Prozesse das Glück des Einzelnen vor dem der Gesamtheit oder ist auch Umgekehrtes sinnvoll?

Wenn auch das Globalproblem "Umweltbelastung/-zerstörung" nur einen Aspekt der globalen Zusammenhänge darstellt, so muß man dennoch davon ausgehen, daß man es zur Zeit als ein vitales Kernproblem betrachten muß.

Der Hauptanteil des weltweiten Artenverlustes ist nicht primär durch Zerstörung ihrer Spezies bedingt, sondern vielmehr durch den demographisch bedingten Verlust an Biotopen aus anthropogenen Gründen. Das Leben jedoch ist ein Gefüge von Ökosystemen; diese wiederum stellen funktionierende - quantitativ bestimmte - Einheiten von Biozöosen und Biotopen dar.

*Johannes Dittrich*

## Die demographische Transition in den Entwicklungsländern

(Vortrag auf der 96. Veranstaltung des Arbeitskreises Demographie am 13. Februar 1997)

Seit etwa Anfang unseres Jahrhunderts sind die Entwicklungsländer der Schauplatz eines explosionsartigen Wachstums der Bevölkerung. Ihre Bevölkerungszahl ist von einer Milliarde Menschen 1900 auf 1,7 Milliarden 1950 und auf 4,5 Milliarden 1995 angestiegen. Voraussichtlich wird sie bis zum Jahr 2025 die Grenze von 7 Milliarden überschreiten. Die Bevölkerung dieser Länder wird also allein im Zeitraum von 1950 bis 2025, in nur 75 Jahren, um 5,6 Milliarden Menschen zunehmen.

Das explosionsartige Wachstum der Bevölkerung in den Entwicklungsländern stellt eine Abart der demographischen Transition dar. Ihr Ursprung geht auf die Kolonialzeit Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts zurück. Diese Transition in den Kolonien wurde durch die Verpflanzung der modernen Industrie in ein traditionelles Umfeld ausgelöst. Hauptträger dieser Transplantation war das ausländische Kapital.

Mit der *zweiten technischen Revolution am Ausgang des 19. Jahrhunderts*, die auch als die zweite industrielle Revolution bezeichnet wird, stieg die industrielle Produktion schlagartig. Damit stieg zwangsläufig der Bedarf an Rohstoffen aller Art. Die Standorte der meisten Rohstoffe befanden sich in den Kolonien.

Die ökonomische Bedeutung der Kolonien wurde in der letzten Dekade des 19. Jahrhunderts von den führenden Industriemächten Europas fast gleichzeitig erkannt. Sie intensi-

vierten ihre Anstrengungen, sich Kolonien zu verschaffen. So wurden in Afrika innerhalb von zehn Jahren 13 Millionen km<sup>2</sup> von den europäischen Staaten in Besitz genommen. Insgesamt vergrößerte sich der Kolonialbesitz von 46 494 800 km<sup>2</sup> im Jahre 1876 auf 72 900 100 km<sup>2</sup> im Jahre 1900. Das macht knapp 50 Prozent der Weltoberfläche aus.

Mit der Eroberung der Rohstoffquellen sowie der Etablierung und Erweiterung des Eigentums an Grund und Boden wurden die Europäer in den Kolonien rasch *territorialisiert*.

Das hatte eine Reihe wichtiger demographischer Nebeneffekte.

Zum sicheren Aufenthalt der territorialisierten europäischen Kolonialisten wurde eine Reihe von Maßnahmen zur Bekämpfung von Epidemien und die Schaffung von elementaren sanitären Einrichtungen durchgeführt. Dadurch ging die Sterblichkeit in den Kolonien in der Tendenz zurück

Als das Kolonialsystem zusammenbrach, lag die Sterberate in den meisten Kolonien bei jährlich 24 pro 1000 Einwohner, also erheblich unter dem traditionellen Niveau der Sterblichkeit von 40 je 1000 Einwohner.

Die Geburtenhäufigkeit dagegen blieb zunächst weiterhin hoch. Als Ergebnis verdoppelte sich die Bevölkerungszahl im Zeitraum von 1900 bis 1960.

Die in der Kolonialzeit begonnene demographische Transition setzte sich nach der Unabhängigkeit in den Entwicklungsländern fort. Durch die Gesundheitspolitik der jungen Nationalstaaten und den Import medizinischer Errungenschaften aus den Industriestaaten halbierte sich die Sterberate innerhalb von 25 Jahren (1950/55 - 1975/80). Sie liegt heute (1990-95)

bei 9,7 je 1000 pro Jahr.

Seit dem Erringen der Unabhängigkeit ist in diesen Ländern eine grundlegende Umwälzung der sozialen Verhältnisse trotz aller Bemühungen ausgeblieben. Die Grundlage des generativen Verhaltens blieb weitgehend traditionell, vor allem in den ländlichen Gebieten. Das verhinderte eine raschere *Anpassung*.

Seit etwa Mitte der 60er Jahre beobachten wir ein tendenzielles Fallen der Geburtenrate in den Entwicklungsländern. In einigen bevölkerungsreichen Entwicklungsländern wurde durch die Maßnahmen zur Geburtenkontrolle der Rückgang der Geburtenrate in den letzten Dekaden eingeleitet.

Als etwa um 1960/65 die Geburtenrate zu sinken begann, lag der prozentuale Anteil der Ehepaare im reproduktiven Alter, die zum Zeitpunkt der Erhebung Verhütung betrieben, wahrscheinlich bei höchstens 9 bis 10 Prozent. In den 80er Jahren haben Maßnahmen der Verhütung Sprunghaft zugenommen. Die TFR in den Entwicklungsländern ist von 6,1 1960/65 auf 3,8 1990 zurückgegangen (siehe Tabelle).

Estimates of Total Fertility Rate (TFR) and contraceptive prevalence rate (CPR) for regions of the developing world, 1960 to 1965 and 1990				
	TFR		CPR	
	(birth per woman)		(% of married women)	
	1960/1965	1990	1960/65	1990
Africa	6,8	6,1	5	17
East Asia <sup>1</sup>	5,9	2,3	13	75
South Asia <sup>2</sup>	6,0	4,3	7	41
Latin America	6,0	3,5	14	61
<b>All developing countries</b>	<b>6,1</b>	<b>3,8</b>	<b>9</b>	<b>50</b>

1. Excluding Japan 2. including Southeast and West Asia  
 Source: John Bongaarts, Population Policy Options in the Developing World, The Population Council, Working Papers No. 59, 1994, P. 7

Vermutlich praktizierten um 1990 bereits etwa 50 Prozent aller Ehepaare in den Entwicklungsländern solche Maßnahmen. Das wären immerhin rund 350 Millionen Ehepaare.

Die gegenwärtige Aufgabe besteht nun darin, daß die Masse der Ehepaare, die noch keine Geburtenkontrolle ausüben, in eine wirksame Familienplanung einbezogen werden. Dann wird die Reduktion der TFR auf das Ersatzniveau bis zum Jahr 2025 in den Bereich der Möglichkeit rücken. Dies ist allerdings ein großer Erfolg. Damit ist aber die Bevölkerungsfrage in den Entwicklungsländern keineswegs gelöst. Damit könnte zum Ende des kommenden Jahrhunderts eine Stabilisierung der Bevölkerung in diesen Ländern bei 10 Milliarden erwartet werden.

Bereits jetzt, da die Bevölkerung dieser Länder "nur" 4,5 Milliarden Menschen zählt, übertrifft die Bevölkerungsdynamik die Möglichkeiten des unterentwickelten sozialökonomischen Systems. Bereits jetzt steckt jedes Biosystem, das unser Leben trägt, in ernststen Schwierigkeiten. Für die Lösung der bereits bestehenden Probleme gibt es keine Konzepte, es herrscht Ratlosigkeit. Die Zukunft wird offensichtlich noch größere Schwierigkeiten bringen..

Wie weitsichtig war George Zeegers, der große katholische Soziologe aus Genf, als er vor über dreißig Jahren die Konsequenzen des bevorstehenden raschen Wachstums der Bevölkerung zusammenfassend formulierte: "The expected growth of world population puts before humanity great problems, the like of which it has never known before."

*Parviz Khalatbari*

## Demographische Strukturen und räumliche Wandlungsprozesse auf dem Gebiet der neuen Bundesländer (1945 bis zur Gegenwart)

(Vortrag auf der 97. Veranstaltung des Arbeitskreises Demographie am 23. April 1997, Kurzfassung)

### 0. Vorbemerkungen

Das Jahr 1945 war auch demographisch keine Stunde Null. 75 Prozent der Städte auf dem Gebiet der neuen Bundesländer haben schon im 13. Jahrhundert existiert. Die besondere Altersstruktur des DDR-Bezirk Karl-Marx-Stadt ist nur bei Bezugnahme auf die 30er Jahre erklärbar. Dennoch muß eine Zäsur gezogen werden. Sinnvollerweise ist dies die Zeit des zweiten Weltkrieges.

Die räumlichen Ebenen der Analyse im Vortrag sind:

1. Ostdeutschland (das Gebiet der DDR bzw. der neuen Bundesländer),
2. die ostdeutschen Länder bis 1952 bzw. die Bezirke der DDR,
3. die ostdeutschen Kreise bis bzw. seit 1952.

Insbesondere darum, weil die räumlichen Bevölkerungsverschiebungen vor allem aus der politischen und ökonomischen Entwicklung zu erklären sind, ist die Thematik bei Reduktion auf die in engerem Sinne demographischen Aspekte nicht hinreichend gründlich zu bearbeiten.

### 1. Vom 2. Weltkrieg bis zur Gründung der DDR

Der 2. Weltkrieg hatte schwerwiegende und auch heute noch nicht überwundene Wirkungen auf die Struktur der ostdeutschen Bevölkerung.

Komponenten der Bevölkerungsentwicklung waren während und kurze Zeit nach dem Kriege:

1. die kriegsbedingte Stadt-Land-Wanderung der Evakuierten:

Bevölkerungsverluste insbesondere der Großstädte (Berlin mit einem Verlust von 30 Prozent der Bevölkerung) in den Jahren 1939 bis 1946. Fast die Hälfte der evakuierten Berliner wurden in der Mark Brandenburg untergebracht; sie stellten hier 87 Prozent aller Evakuierten.

2. Veränderung der natürlichen Bevölkerungsbewegung. Auf dem Reichsgebiet sank die Quote der Lebendgeborenen von

1939 = 20,4 (Gestorbene = 12,3 d.h. Überschuß = 8,1 je 1000 Einwohner) auf

1943 = 16,1 (Gestorbene = 12,2 d.h. Überschuß = 3,9 je 1000 Einwohner).

Vor allem auf dem Gebiet der späteren SBZ (Sowjetisch besetzte Zone) war ein starker Rückgang der Geburtenquote zu verzeichnen.

3. planmäßige Umsiedlung, die Flucht und Vertreibung aus den deutschen Ostgebieten.

In der Zeit zwischen den Volkszählungen 1939 und 1946 wuchs die Bevölkerung der SBZ - einschließlich Ostberlin - um 1, Millionen bzw. 10 Prozent.

Die agrarisch strukturierten und die von Luft- und Bodenkrieg weniger geschädigten Gebiete boten die insgesamt günstigsten Bedingungen für die Aufnahme von Bevölkerung aus an-

deren Gebieten. Die Wohnbevölkerung Mecklenburgs wuchs um 50 Prozent; sein Bevölkerungsanteil an der Wohnbevölkerung auf dem Gebiet der SBZ von 8 auf 11 Prozent.

Noch markanter als auf Landesebene waren die Veränderungen der Bevölkerungsstruktur auf Kreisebene. So wuchs z. B. die Bevölkerung in den damaligen Kreisen Schönberg und Schwerin-Land um 100 Prozent, während sie sich im Gebiet der Schlacht um Berlin stark verringerte.

Eine Folge der kriegbedingten Männer-Verluste (Gefallene und Gefangene) war eine zunächst drastische Zunahme des Frauen-Anteils an der Bevölkerung.

Die wichtigsten demographischen Veränderungen auf dem Gebiet der SBZ in den Jahren 1946/1949 waren:

1. ein Bevölkerungsrückgang auf den Wert von 1949,
2. Korrekturwanderungen auf dem Gebiet der SBZ (Rückwanderungen in die devastierten Gebiete und in die Großstädte) und der Wegzug insbesondere von Flüchtlingen und Vertriebenen in die Westzonen,
3. von der "SDAG Wismut" herbeigeführte Wanderungen,
4. das Wachstum der männlichen Bevölkerung (Rückkehr von Kriegsgefangenen) insbesondere in den Zielgebieten der Wanderung von Flüchtlingen und Vertriebenen.

## **2. Die Jahre 1949 bis 1989**

Vergleicht man die demographische Struktur im ersten und im letzten Jahr der DDR, kann festgestellt werden, daß sich die räumliche Bevölkerungsverteilung im Zeitraum von 40 Jahren spürbar, aber nicht grundsätzlich verändert hat. Die Differenz der Bezirke Neubrandenburg und Karl-Marx-Stadt wurde in vier Jahrzehnten DDR-Geschichte zwar reduziert, aber nicht beseitigt. Die Bezirke Neubrandenburg und Schwerin blieben die Bezirke mit der niedrigsten Bevölkerungs-, Siedlungs- und Verkehrsnetzdicke sowie dem höchsten Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten. Demgegenüber behielt der Bezirk Karl-Marx-Stadt die höchsten Dichtewerte. Auf dem Gebiet der DDR entsprach die Bevölkerungszahl Ende 1989 etwa jener des Jahres 1939.

Bemerkenswerte Veränderungen waren vor allem:

1. Die Verringerung der Bevölkerungszahl sowohl in den agrarisch strukturierten als auch in den altindustrialisierten Gebieten - insbesondere im Bezirk Karl-Marx-Stadt, und dort auch eine deutliche Erhöhung des Rentneranteils.
2. das Bevölkerungswachstum von Berlin (Ost) und - von wenigen Ausnahmen wie z. B. Leipzig abgesehen - anderen administrativen Zentren (Bezirks- und Kreisstädte) der DDR. Bevölkerungswachstum auch in den räumlichen Investitionsschwerpunkten der DDR-Wirtschaft (Eisenhüttenstadt, Schwedt, Hoyerswerda, Halle usw.).

Die räumliche Umverteilung der Bevölkerung auf dem Gebiet der DDR war vor allem ein Resultat von Wanderungen. Die Determinanten dafür waren:

1. die Spaltung Deutschlands: der Zwang zur räumlichen Neuorganisation der Außenwirtschaft, Ausbau der Seeverkehrs- und Hafenvirtschaft mit dem Zentrum Rostock, Orientierung der Infrastruktur auf den Handel mit der Sowjetunion und anderen ost-/ südosteuropäischen Ländern.
2. die Gebietsreform 1952: Bildung von 15 Bezirken, Vergrößerung der Zahl von Kreisen, hohes Wachstumstempo der Städte mit bisher fehlender oder untergeordneter administrativer Funktion.

3. Orientierung der DDR-Wirtschaft auf die vorrangige Nutzung autochthoner Rohstoffe: Braunkohle, Kali. Orientierung der Landwirtschaft auf die Selbstversorgung der DDR mit Nahrungsmitteln; dementsprechend intensive Nutzung der landwirtschaftlichen Nutzfläche und aufwendige Investitionen in die ländliche Infrastruktur.
4. Vorrang des Großbetriebes, Vernachlässigung der Kleinbetriebe und der Konsumgüterindustrie. Dementsprechend kam es zur Bevorzugung bzw. Vernachlässigung der entsprechenden Standorte. Frühere Zentren des industriellen Fortschritts wurden so zu neuen Problemgebieten (z. B. Südwestsachsen).
5. Vorrang des einmaligen vor dem laufenden Aufwand im Wohnungsbau, demzufolge Vorrang des Neubaus vor der Erhaltung von Wohnraum und Vorrang des Wohnungsbaus auf wenigen, aber großen Standorten. Infolge dessen kam es nicht nur zu Wanderungen in die Großstädte, sondern auch zu umfangreichen innerstädtischen Wanderungen und einer damit verbundenen sozialen Segregation der Bevölkerung.

Die häufig verwendete Formel "Land-Stadt-Wanderung" ist irreführend. Die meisten Städte hatten Wanderungsverluste. Wanderungsgewinne hatten nur Berlin und wenige andere Städte und Gemeinden. Der Bevölkerungs- und Wanderungsverlust altindustrialisierter Gebiete war ähnlich groß wie der von agrarisch strukturierten Gebieten im Nordosten der DDR. Thüringen hatte die großräumig stabilste Siedlungsstruktur.

Die natürliche Bevölkerungsbewegung war weniger eine Determinante als vielmehr eine Folge von Wanderungen in der DDR. Obwohl sich an der räumlichen Verteilung der Gebiete mit hoher und jener mit niedriger Fertilität, der Haushaltsstrukturen etc. wenig änderte, kam es im Zeitraum 1949 bis 1989 zu einem schrittweisen Abbau der Unterschiede zwischen den Bezirken der DDR. Die Fertilität hat sich überall verringert, aber in den Gebieten bisher höchster Fertilität in höherem Tempo. An der Rangfolge der Bezirke hat sich nichts geändert. Die Bevölkerungspolitik der DDR hatte zwar einen positiven Einfluß auf die natürliche Bevölkerungsbewegung; die angestrebte einfache Reproduktion der Bevölkerung wurde damit aber nicht erreicht; am wenigsten ließen sich damit die demographischen Spätfolgen des Krieges und der vor dem Mauerbau 1961 stattgefundenen Fluchtbewegung in die Bundesrepublik kompensieren.

## **3. Wanderungen**

Die Umstände und der Verlauf der Ost-West-Wanderungen vor dem Mauerbau wurden im Vortrag als bekannt vorausgesetzt, weitgehend auch der Verlauf der Wanderung nach 1989.

Der Vortrag konzentrierte sich auf zwei ausgewählte Probleme:

1. Struktur und Verlauf der Ost-West-Wanderung 1982 bis 1988,
2. Struktur-Vergleich von Ost-West-Wanderung und ost-deutscher Binnenwanderung seit 1989.

Trotz aller Restriktionen wuchs der Umfang der Ost-West-Wanderung bereits vor dem Mauer-Fall 1989. Dabei war das Jahr 1984 mit etwa 42000 Übersiedlern zunächst ein Höhepunkt; nach einem zeitweiligen Rückgang sind 1988 abermals mehr als 42000 DDR-Bürger in die Bundesrepublik übersiedelt. Die Spekulation auf eine Ventilfunktion der genehmigten Übersiedelungen und einen schrittweisen Abbau der

Antragsflut hatte ich als Irrtum erwiesen. Strukturell ähnelte die Ost-West-Wanderung z. Z. einer scheinbar noch intakten DDR in keiner Weise der ostdeutschen bzw. der westdeutschen Binnenwanderung - insbesondere wegen des hohen Rentneranteils. Bemerkenswert ist trotzdem die "Ordnung", die sich herausgebildet hatte: die von Jahr zu Jahr wiederkehrende Priorität weniger Städte (Dresden, Jena, Berlin, Leipzig u. a.). Diese Rangfolge bestimmte zunächst auch die räumliche Struktur der Wanderung nach dem Mauer-Fall 1989, wobei aber spontan eine völlig andere demographische Struktur entstand. Allmählich zerbrach auch die vor 1989 entstandene "räumliche Ordnung"; es entstand eine neue räumlich Ordnung: die höchste Wegzugswahrscheinlichkeit zunächst im sächsischen Raum, dann in Thüringen/ Sachsen-Anhalt und schließlich in Mecklenburg. Im Vortrag wurde belegt, wie sich die Ost-West-Wanderung nicht nur juristisch (mit dem 3. Oktober 1990), sondern auch strukturell aus einer Form von Außenwanderung zu einem Spezialfall von Binnenwanderung verwandelt hat. Ein Zeichen beginnender Normalität der Wanderung in Deutschland ist auch der zunehmende Umfang der West-Ost-Wanderung, was die baldige Herstellung ausgeglichener Wanderungsbilanzen denkbar werden läßt. 1996 hatte das frühere DDR-Gebiet gegenüber dem Westen nur noch einen Wanderungsverlust von minus 14000 Personen. Anomal ist allerdings der quantitative Vorrang der Ost-West-Wanderung (also von Fernwanderungen) vor der ostdeutschen Binnenwanderung. Nach einem Tiefpunkt ist nun auch diese wiederum im Wachsen begriffen, aber weitgehend in Form der Suburbanisation: Wanderungsgewinne haben faktisch alle Kreise im Umland der großen Städte. Dementsprechend verringert sich die Wohnbevölkerung in den Kernstädten.

#### 4. Bilanz der Jahre 1990 bis 1996 und Ausblick

Die oftmals prognostizierte demographische Annäherung von Ost- und West hat zunächst nicht stattgefunden. Bisher haben sich die Relationen (darunter: hohe Geburtenrate hier, niedri-

ge dort) teilweise ins Gegenteil verkehrt, einige demographische Besonderheiten des Ostens (darunter: der frühe Höhepunkt der altersspezifischen Fruchtbarkeit) haben sich als unerwartet konsistent erwiesen. Der Prozeß der Annäherung ist ein offenbar sehr langwieriger Prozeß. Im Vortrag wurden folgende Positionen vertreten:

1. Die neuen Bundesländer werden sich den alten Bundesländern demographisch zwar weiter annähern; auf Grund der jüngsten demographischen Entwicklung in Westdeutschland ist es jedoch so gut wie ausgeschlossen, daß eine Annäherung auf dem Niveau von 1989 stattfinden wird. Auch der Westen Deutschlands bleibt nicht wie er war.
2. Eine Ost-West Angleichung ist nicht zu erwarten, bevor die sozialökonomischen Ursachen der bisherigen Differenz beseitigt sind. Umgekehrt gilt aber nicht, daß die Beseitigung der Ursachen zwangsläufig auch eine Angleichung zur Folge haben muß - insbesondere dann nicht, wenn die Beseitigung der wirtschaftlichen Kluft von Ost und West einen historisch sehr langen Zeitraum in Anspruch nimmt. Es könnte durchaus sein, daß sich die Ostdeutschen mit der neu entstandenen demographischen Situation abfinden und sich darin "einrichten".
3. Im übrigen besteht kein Grund zu der Annahme, daß die Identität der Wirtschafts- und Sozialordnung in verschiedenen Landesteilen eine Identität demographischer Strukturen und demographischen Verhaltens zur Folge haben muß. Der prägende Einfluß der Geschichte und außerökonomischer Faktoren sollte nicht unterschätzt werden. Im übrigen sind auch die alten Bundesländer demographisch nicht völlig gleich - was bisher kaum jemand als störend empfunden hat. Es wird auch demographisch immer problematischer, pauschalisierend von "Ostdeutschland" zu sprechen.

*Siegfried Grundmann*

## Fehlbildungserfassung in der Region Magdeburg

(Vortrag auf der 98. Veranstaltung des Arbeitskreises Demographie am 19. Juni 1997, Auszug)

### Einleitung

Mit der zunehmenden Beherrschung von neonatalen Infektionen, der neonatalen Asphyxie und der Frühgeburtlichkeit steigt die Bedeutung angeborener Fehlbildungen für die Mortalität und Morbidität von Neugeborenen und Säuglingen [1]. Die Erfassung angeborener Anomalien bildet die Grundlage für epidemiologische Studien zu dieser Problematik [2].

Auf der Grundlage des heutigen Wissensstandes sind etwa 60 % der angeborenen Fehlbildungen ätiologisch unklar [3]. Für diese Gruppe müssen in unterschiedlichem Maße teratogene Einflüsse bei deren Entstehung angenommen werden. Die Erkennung des Ausmaßes der potentiellen Teratogenität von chemischen Substanzen, Arzneimitteln und/oder radioaktiven Strahlen auf die Prävalenz von angeborenen Anomalien ist die zentrale Aufgabe eines Fehlbildungsregisters. Um Aussagen zu einem Häufigkeitsanstieg von bestimmten Fehlbildungen treffen zu können, ist es notwendig, die "natürliche" Fehlbildungsrate in der beobachteten Population zu kennen. Erst bekannte Basiswerte lassen eine Differenzierung von normalen Prävalenzoszillationen zu wirklichen lokalen und/oder zeitlichen Clustern möglich werden.

### Material und Methoden

1980 wurde in der Stadt Magdeburg damit begonnen, Lebend- und Totgeborene mit angeborenen Anomalien bzw. Fehlbildungen zu erfassen. Diese Erfassung wurde schrittweise auf die umliegenden Landkreise ausgedehnt. Seit 1987 werden alle Geborenen mit Fehlbildungen aus den Geburtskliniken, neonatologischen Zentren und den pathologisch-anatomischen Institutionen des damaligen Bezirkes Magdeburg gemeldet. Durch dieses multizentrisch arbeitende populationsbezogene System stehen Prävalenzen angeborener Fehlbildungen aus der Stadt Magdeburg seit 1980 und aus der umgebenden Region seit 1987 zur Verfügung. Dabei wird zwischen "großen" und "kleinen" Fehlbildungen unterschieden. Als große Fehlbildungen werden Veränderungen definiert, die therapiebedürftig sind, die Lebensqualität beeinträchtigen, oder mit dem Leben nicht vereinbar sind. Kleine Fehlbildungen bedürfen in der Regel keiner Therapie. Die dem System zugrunde liegende und internationalen Standards angepaßte Codierung sieht für die großen Fehlbildungen etwa 350 unterschiedliche Entitäten vor. Von besonderer Bedeutung sind hier 16 sogenannte Indikatorfehlbildungen, bei denen ätiologisch exogene Faktoren mit vermutet, und die eindeutig als ja/nein-Diagnose klas-

sifiziert werden können.

In der Stadt Magdeburg wurden von 1980-1996 50.706 und in der Gesamtregion im Zeitraum 1987-1996 111.384 Kinder geboren.

**Ergebnisse**

Die Gesamtzahl der gemeldeten Geborenen mit einer großen Fehlbildung betrug im Zeitraum von 1987-1996 2.576. Bezogen auf die Gesamtpopulation entspricht das 2,31 %. In der Stadt Magdeburg liegt dieser Anteil mit 3,23 % höher als in der ländlichen Umgebung (2,07 %). Betroffen waren 1.510 Knaben und 1.037 Mädchen. Von 29 Geborenen war uns kein Geschlecht mitgeteilt worden. Damit besteht eine deutliche Androtropie (Sexratio: männlich/weiblich = 1,46:1).

Im folgenden sollen einige Indikatorfehlbildungen analysiert werden:

Das **Down-Syndrom** als häufigste Chromosomenstörung ist zumindest als klinische Verdachtsdiagnose bereits beim Neugeborenen mit großer Sicherheit zu stellen.

Die durchschnittliche Häufigkeit des Down-Syndroms im Untersuchungsgut liegt, bezogen auf das durchschnittliche mütterliche Alter, mit einer Prävalenz von 8,94/10.000 Geborene im Literaturvergleich [4]. 1991 und 1992 war ein signifikanter Anstieg zu verzeichnen, dessen Ursache unklar ist (Abb.1).

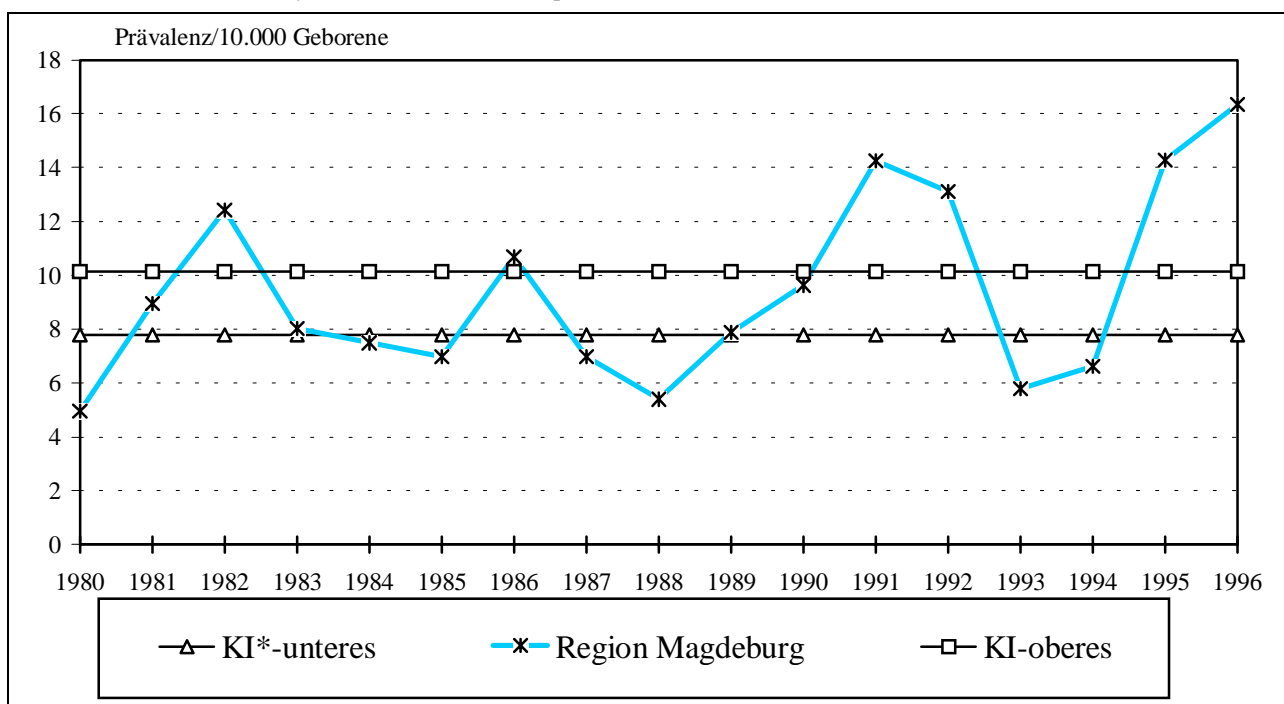
Die Prävalenzerhöhung von 1996 läßt ursächlich einen Fehler der kleinen Zahl durch die auf 1/3 im Vergleich zu den Jahren bis 1990 gesunkenen Geborenenzahlen nicht ausschließen. Der Ausschluß des Down-Syndroms ist eine der hauptsäch-

lichsten Indikationen für eine invasive pränatale Diagnostik. Werden die absoluten Zahlen der Geborenen mit Down-Syndrom nach dem Ausgang der Schwangerschaft differenziert, zeigt sich das Wirksamwerden der pränatalen Chromosomendiagnostik seit 1987. Es ist heute davon auszugehen, daß nur noch etwa die Hälfte der Kinder mit Down-Syndrom lebend geboren werden. In ca. 50 % erfolgt eine Abruption nach pränataler Diagnostik.

Die **Neuralrohrdefekte** beinhalten eine Gruppe von Entwicklungsstörungen des zentralen Nervensystems. Die Beurteilung der Prävalenzbewegungen dieser Fehlbildungsgruppe ist seit 1980 auch für die ländlichen Gebiete möglich. 1987-1989 kam es zu einer signifikanten Prävalenzsteigerung von Geborenen mit Neuralrohrdefekten, die besonders in der Stadt Magdeburg deutlich wurde. Neuralrohrdefekte können zum Teil durch eine pränatale Diagnostik (Triple-Test, Ultraschalluntersuchungen) erkannt werden. Die Darstellung der absoluten Zahlen der Geborenen mit Neuralrohrdefekten (Abb. 2) spiegelt zunächst den Peak von 1987-1989 wider.

Die Differenzierung der Kinder nach Schwangerschaftsausgang ergibt ähnliche Verhältnisse wie beim Down-Syndrom. Auch hier wird die Wirksamkeit der pränatalen Diagnostik in der Mitte der 80er Jahre deutlich. Neuralrohrdefekte werden etwa zur Hälfte pränatal diagnostiziert. In der Regel werden diese Schwangerschaften auf Wunsch der Schwangeren durch Abruptionen beendet.

**Lippen-Kiefer-Gaumenspalten** und **Gaumenspalten** als orale Spaltbildungen sind die häufigsten Fehlbildungen im Kopfbereich [5]. Sie sind genetisch und nach ihren teratologi-



	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
Region Magdeburg	4,97	8,95	12,43	8,03	7,49	6,99	10,68	6,99	5,41	7,89	9,63	14,25	13,10	5,79	6,62	14,27	16,34

Region Magdeburg, Basisprävalenz aus 1980 bis 1995: 8,89/10.000 Geborene; KI 95%: 7,78-10,14/10.000 Geborene  
 \* KI - Konfidenzintervall 95 %

**Abb.1: Prävalenz des DOWN-Syndroms in der Region Magdeburg, 1980 bis 1996**

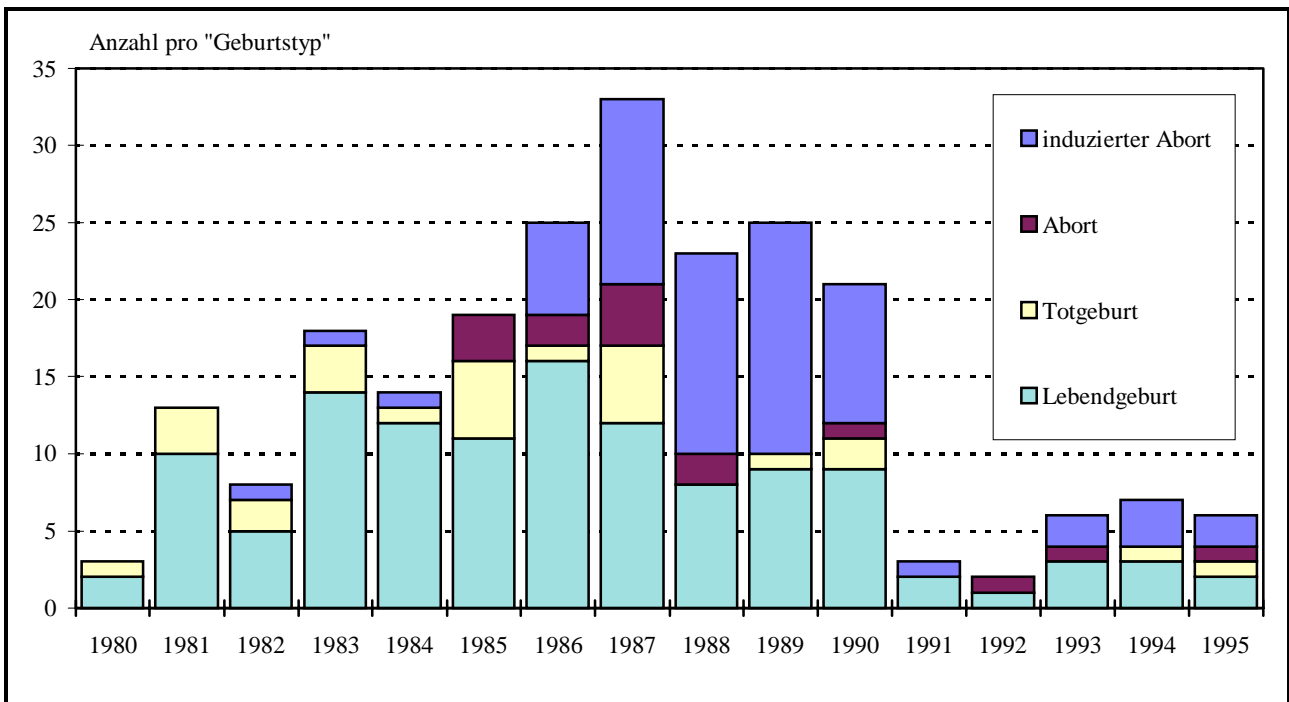
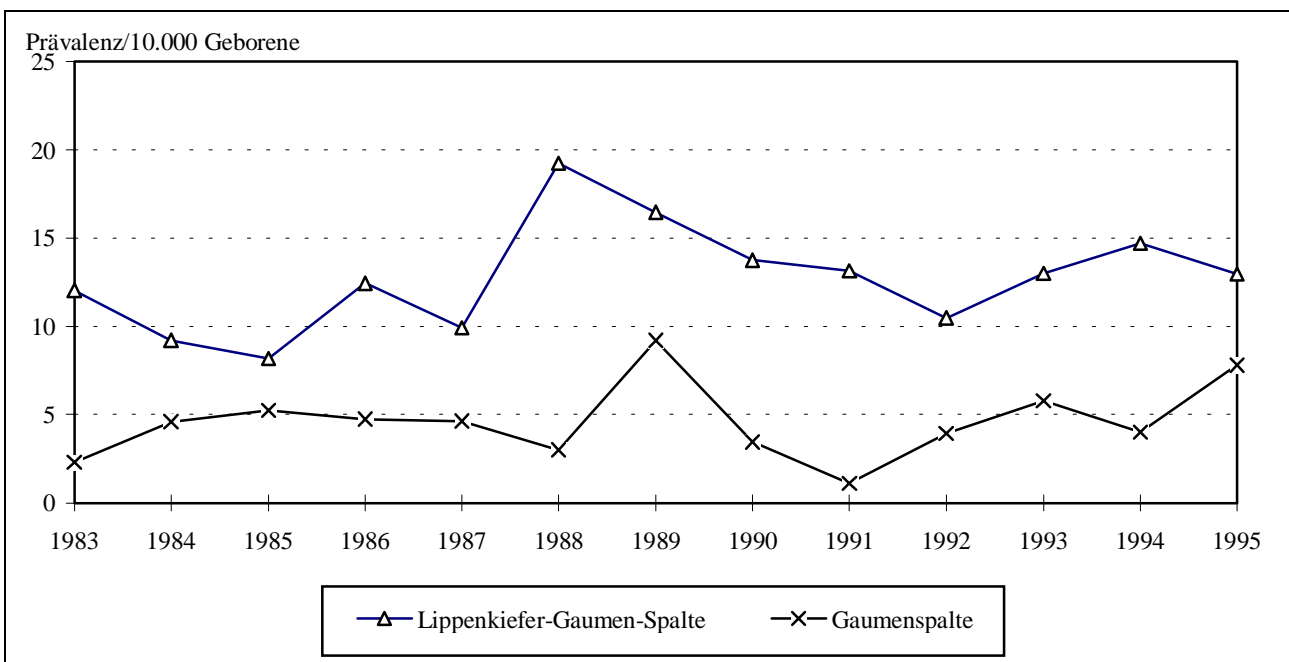


Abb.2: Absolutzahl und Schwangerschaftsausgang bei Neuralrohrdefekten in der Region Magdeburg, 1980 bis 1995

sehen Determinationszeiten differenziert zu betrachten.

Bei der Analyse der jährlichen Prävalenzschwankungen der oralen Spalten fällt bei den Lippen-Kiefer-Gaumenspalten ein Peak 1988 und bei den Gaumenspalten ein Anstieg 1989 auf (Abb. 3)..

Auf die erheblich zurückgegangenen Geburtenzahlen werden die Prävalenzanstiege 1993 bei den Neuralrohrdefekte und 1995 bei den Gaumenspalten zurückgeführt. Auch hier belastet der statistische Fehler der kleinen Zahl die epidemiologischen Aussagen.



	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995
Lippenkiefer-Gaumen-Spalte	12,04	9,22	8,16	12,46	9,90	19,25	16,45	13,76	13,15	10,48	13,02	14,70	12,98
Gaumenspalte	2,29	4,61	5,24	4,75	4,66	3,01	9,21	3,44	1,10	3,93	5,79	4,01	7,79

Gaumenspalten: Region Magdeburg 1983-1995: 4,56/10.000 Geborene (KI 95%: 3,60-5,69/10.000 Geborene)  
 EUROCAT (1980-1994): 6,4/10.000 Geborene – von 2,5 bis 9,4/10.000 Geborene

Lippen-Kiefer-Gaumenspalten: Region Magdeburg 1983-1995: 12,62/10.000 Geborene (KI 95%: 11,08 – 14,36/10.000 Geborene)  
 EUROCAT (1980-1994): 8,9/10.000 Geborene – von 3,3 bis 15,3/10.000 Geborene

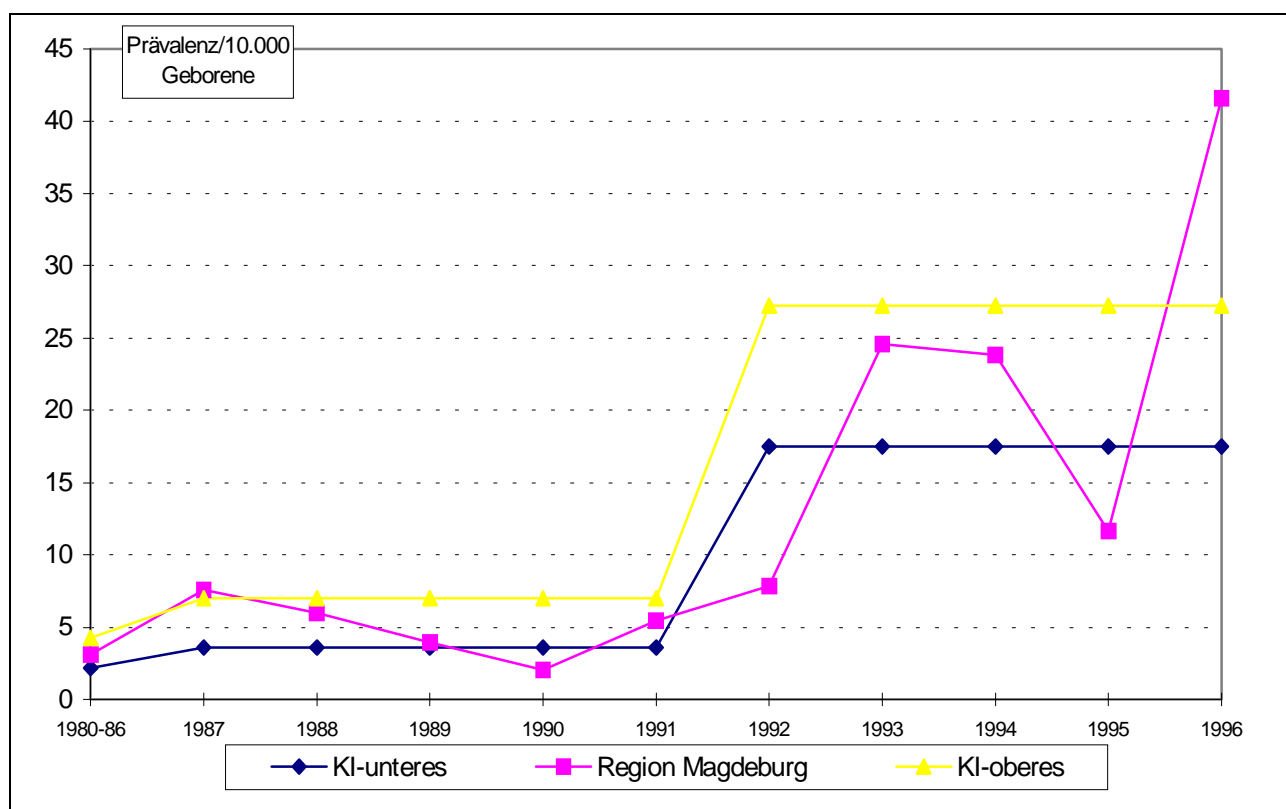
Abb.3: Prävalenz von Lippen-Kiefer-Gaumenspalten und Gaumenspalten in der Region Magdeburg, 1983 bis 1995

Die Genauigkeit von Häufigkeiten bestimmter Fehlbildungen ist u. a. von den diagnostischen Möglichkeiten abhängig. Neu eingeführte diagnostische Verfahren, wie z. B. die Ultraschalltechnik, können zu einem scheinbaren Häufigkeitsanstieg führen. So ist seit 1991 eine ständig steigende Prävalenz der Herzfehler erkennbar.

Schwere, sich unmittelbar nach der Geburt manifestierende Herzfehler, sind auch ohne Ultraschalluntersuchungen mit herkömmlichen diagnostischen Verfahren sicher zu diagnostizieren. Dazu gehören das hypoplastische Linksherz und die Transposition der großen Gefäße. Die Prävalenzen dieser sel-

tenen Herzfehler sind im Beobachtungszeitraum relativ konstant. Dagegen ist ein Ventrikel-Septum-Defekt häufig bei der Geburt klinisch stumm und wurde demzufolge nicht festgestellt. Seine Aufdeckung ist eine typische Ultraschalldiagnose. Der zunehmende Einsatz von ständig qualitätsverbesserten Ultraschallgeräten und die Durchführung von Screeninguntersuchungen bei Neugeborenen führte dann zu einer scheinbaren Prävalenzsteigerung, die letztlich für den beobachteten Anstieg der Gesamtfehlbildungsrate von Herzfehlern verantwortlich ist (Abb. 4).

Am 01.04.1986 kam es zum Reaktorunfall in Tschernobyl und



	Basis 1980-86	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
KI-unteres	2,20	3,59	3,59	3,59	3,59	3,59	17,52	17,52	17,52	17,52	17,52
Region Magdeburg	3,10	7,57	6,02	3,95	2,06	5,48	7,86	24,60	23,82	11,68	41,59
KI-oberes	4,26	7,02	7,02	7,02	7,02	7,02	27,25	27,25	27,25	27,25	27,25

Abb.4: Prävalenz von Ventrikel-Septum-Defekten in der Region Magdeburg, 1980 bis 1996

zu einem Austritt hochradioaktiver Substanzen, die sich über große Teile Europas ausbreiteten. In Deutschland dürfte die höchste radioaktive Kontamination in Bayern vorgelegen haben. Eine retrospektive Untersuchung in dieser Region ist von Schoetzau et al. [6] vorgenommen worden. Weder bei der Fehlbildungsrate noch bei der Säuglingssterblichkeit wurden im Jahr nach dem Fallout Auffälligkeiten beobachtet. Von den im Europäischen Netzwerk zur Fehlbildungserfassung EURO-CAT (European Registration Of Congenital Anomalies and Twins) mitarbeitenden Zentren meldete lediglich Odense eine geringe Erhöhung der Verschlußstörungen des Neuralrohres [7]. Sperling und Mitarbeiter [8] beobachteten in Westberlin einen signifikanten Anstieg der Häufigkeit des Down-Syndroms neun Monate nach dem Ereignis in Tschernobyl.

Die aufgezeigten Peaks von Neuralrohrdefekten 1987-1989, der Lippen-Kiefer-Gaumenspalten 1988 und der Gaumenspalten 1989, besonders im Stadtgebiet Magdeburg, schienen zu-

nächst wegen der zeitlichen Differenz zu dem Ereignis in Tschernobyl in keinem Zusammenhang zu stehen. Die Beobachtungen von Küchenhoff und Körblein [9], daß 1988 300 Neugeborene mehr in Deutschland gestorben sind, als zu erwarten gewesen wäre, läßt unsere Beobachtungen ursächlich überdenkenswert erscheinen, da von den Autoren vermutet wird, daß die unerwartet hohe Neugeborenensterblichkeit durch eine zeitliche Versetzung der Strahlenbelastung durch eine Passage des radioaktiven Caesiums 137 durch die Nahrungskette zu erklären sei. Danach wären für unsere Beobachtungen folgende Hypothesen möglich:

- ein im städtischen Gebiet höheres teratogenes Potential als in den ländlichen Bereichen,
- die Annahme eines bestehenden nahrungsbedingten relativen Folsäuremangels in der städtischen Bevölkerung,
- der von Sperling et al. postulierte low-dosis-Effekt einer

geringen zusätzlichen Strahlenbelastung könnte dann zur Überschreitung des Schwellenwertes eines polygen-multi-faktoriellen Systems und damit zu einer überdurchschnittlichen Häufung von Spaltbildungen geführt haben.

### Schlußfolgerungen

Die aufgeführten Beispiele sollen zeigen, daß ein multizentrisch arbeitendes Fehlbildungsregister in der Lage ist, Basisdaten für Fehlbildungen zur Verfügung zu stellen und Prävalenzanstiege zu erkennen. Deren Interpretation bedarf jedoch der Einbeziehung sozioökonomischer, medizinischer und umweltspezifischer Randdaten. So zeigt die Analyse der congenitalen Herzfehler, daß Häufigkeitsanstiege allein durch verbesserte diagnostische Verfahren vorgetäuscht werden können. Der dramatische Rückgang der Geborenenzahlen führt auch zur Geburt von weniger Kindern mit angeborenen Anomalien. Das ergibt dann gerade bei relativ seltenen Fehlbildungen so geringe Fallzahlen, so daß statistische Bewertungen für kurze Zeiträume nicht mehr möglich sind. Deshalb ist vorgesehen, die durchgeführte Fehlbildungserfassung auf das Land Sachsen-Anhalt auszudehnen, um eine epidemiologisch sinnvolle Größe der Studienpopulation zu erreichen.

Als Ende der 50er Jahre zuerst in Deutschland Kinder mit schweren kombinierten Extremitätenfehlbildungen geboren wurden, dauerte es 6 Jahre, ehe das Contergan als Ursache dafür erkannt wurde [10]. Durch eine bundesweite Fehlbildungserfassung könnten ähnliche Katastrophen viel früher erkannt und die fatalen Folgen gemindert werden. Das Magdeburger Monitoring-Zentrum zur Fehlbildungserfassung, das finanziell vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes getragen wird, könnte Beispiel und Ausgangspunkt für eine bundesweite Fehlbildungserfassung sein.

### Literatur

- 1 Owens, J. R. Simphin, J. M., Mc Guinness, L., Harris, S.: The Liverpool Congenital Malformation Registry. Paediatric and Perinatal Epidemiology 2 (1988) 3141-3145
- 2 Cordero, J. F.: Registries of birth defects and genetic disease. Medical Genetics 39 (1992) 65-77
- 3 Kalter, H., Warkany, J.: Congenital malformations, etiologic factors and their role in prevention. New. Eng. Med. 308 (1983) 424-431
- 4 Witkowski, R., Prokop, O., Ullrich, E.: Lexikon der Syndrome und Fehlbildungen. Springer Verlag Heidelberg-Berlin (1995)
- 5 Cohen, M.M. jnv.: Syndroms with cleft lip and cleft palate. Cleft Palate Craniofac. 15 (1978) 306-328
- 6 Schoetzau, A., Van Santen, F., Irl, C., Grosche, B.: Zur Frage gesundheitlicher Wirkungen nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl. Dt. Ärzteblatt 22 (1995) 30 A 2062-2068
- 7 EUROCAT-Working Group.: Preliminary evaluation of the Chernobyl radiological contamination on the frequency of central nervous system malformations in 17 regions in Europe. Report 7. Brussels. Department of Epidemiology. Catholic University Leuven. (1996)
- 8 Sperling, K., Pelz, J., Wegener, R.D., Schultze, I., Struck, E.: Frequency of trisomie 21 in German before and after Chernobyl accident. Biomed-Pharmacother. 45 (1991) 255-262
- 9 Küchenhoff, H., Körblein, A.: Perinatal mortality in Germany following the Chernobyl accident. Radiation and Environmental Biophysics 36 (1996) 3
- 10 Lenz, W.: A short history of thalidomide embryopathy. Teratology 38 (1988) 203-215

Christine Rösch und Volker Steinbicker

## Wie geht die Bevölkerungswissenschaft in Deutschland mit ihrer Vergangenheit um?

Für die "Mitteilungen" der Johann-Peter-Süßmilch-Gesellschaft für Demographie, geschrieben am 3. August 1997

Daß der Eugenik-Bewegung der Zeit um die Jahrhundertwende ein wesentlicher Anteil an der Vorbereitung der Verbrechen des National-Sozialismus zugeschrieben werden muß, haben wir lange gewußt. Aber erst als diese gedanklichen Vorbereitungen, ihre Propagierung und deren tatsächliche Folgen als Voraussetzung und sogar als Gedankengut der gegenwärtigen Bevölkerungswissenschaft in Deutschland hingestellt wurden, fand sie den Mut und die Kraft, sich dieser Vergangenheit offen zu stellen.

Selbst dann brauchte es noch viele Jahre, bis es jetzt zu einem "1. Colloquium über die Geschichte der Bevölkerungswissenschaft in Deutschland im 20. Jahrhundert" in der Werner-Reimers-Stiftung in Bad Homburg kam. Voraussetzung war die Vorarbeit eines Außenstehenden und Wissenschaftshistorikers, Bernhard vom Brocke, Kassel, der - nur unzureichend ausgestattet - den heroischen Versuch einer bibliographischen Übersicht und ihrer Kommentierung wenigstens vorläufig unternahm. Diese diente den Diskussionen, an denen sowohl Historiker wie Soziologen und Bevölkerungswissenschaftler teilnahmen, als Vorlage.

Daß die Vorlage auch grundsätzliche Lücken ausweist - so geht sie beispielsweise weder auf die Bevölkerungsökonomie noch auf die Demographie in der DDR ein - hat auch mit der Zielsetzung zu tun, daß es um die Aufklärung der Verquickungen der Bevölkerungswissenschaft mit Politik und Rassenhygiene/Eugenik während der Zeit des Dritten Reiches, ihrer Vorgeschichte und ihrem Nachleben nach 1945 in Westdeutschland gehen mußte. Es hat nicht den Anschein, daß die

genannten Bereiche daran beteiligt waren - im Gegensatz zu der Funktion prominenter Hygieniker, Statistiker und Soziologen aus der Zeit vor 1945 in der westdeutschen Entwicklung der Bevölkerungswissenschaft danach.

In den Diskussionen in Bad Homburg wurde schnell deutlich, daß es bei dieser Arbeit an der Vorgeschichte der Bevölkerungswissenschaft nicht um die Verurteilung von Personen gehen kann, sondern vielmehr um die nüchterne Klärung von Vorgängen und Zusammenhängen - einerseits aus den Bedingungen der betreffenden Zeit heraus, andererseits aber auch zur kritischen Reflexion der theoretischen Grundlagen und methodischen Ansätze der gegenwärtigen und einer künftigen Bevölkerungswissenschaft.

Sowohl der Literaturbericht von Bernhard vom Brocke wie das Protokoll des Colloquiums werden so schnell wie möglich veröffentlicht werden. Dann soll der Versuch unternommen werden, einen Forschungsprozeß einzuleiten, der erst die sachlichen Grundlagen für eine "Geschichte der Bevölkerungswissenschaft in Deutschland" schaffen kann.

Ein Ergebnis der Diskussionen scheint mir eindeutig: daß die Bevölkerungswissenschaft nicht allein dadurch, daß sie ihren Aufgabenbereich "aseptisch" definiert und allein auf Demographie beschränkt, sich aus den "Schatten der Vergangenheit" herauszuretten vermag. Es hatte sogar den Anschein, als wäre es besser, auf den Anspruch "einer Bevölkerungswissenschaft" zu verzichten und statt dessen von "den Wissenschaften von der Bevölkerung" zu sprechen. Denn wenn sich verschiedene Wissenschaften mit Bevölkerungsproblemen befas-

sen - wie das seit Jahrhunderten der Fall ist - so haften diese Wissenschaften auch für die Einhaltung des wissenschaftlichen Ethos, sowohl in ihren Arbeiten wie in ihrer unausweichlichen Beschäftigung mit Fragen von politischer Brisanz. "Die Bevölkerungswissenschaft" aber kann sich schon angesichts ihres Gegenstandes, dessen Nähe zu politischen Aufgaben und daher auch Programmen nicht zu vermeiden ist, und angesichts der historischen Tatsache des Mißbrauchs ihres Wissenschaftscharakters gegen die Verdächtigung der Ideologisierung und politischen Indienstnahme nicht zur Wehr setzen. "Bevölkerung" ist ebenso ein Themenfeld wie

"Eugenik" resp. "Rassenhygiene", die ebenfalls nicht den Rang zur Konstituierung einer eigenen Disziplin besitzen kann.

Die Wissenschaftler, die sich mit Problemen der Bevölkerung, ihrer Strukturen und Entwicklungen, befassen, müssen selbst das dringendste Interesse daran haben, sich der Vergangenheit ihres Arbeitsgebietes zu stellen. Nur wenn sie das leisten, werden sie unbefangen und sachlich ihre notwendige Arbeit fortsetzen können.

Rainer Mackensen

+ dem Leben der Gesellschaft + Aus dem Leben der Gesellschaft + Aus dem Leben der +

## Jahres-Mitgliederversammlung 1997 der Johann-Peter-Süßmilch-Gesellschaft für Demographie

### Aufnahme neuer Mitglieder

Auf der Jahres-Mitgliederversammlung 1997, die am 23. April in Berlin stattfand wurden entsprechend der vorliegenden Anträge als neue Mitglieder in die Gesellschaft aufgenommen:

**Prof. Dr. Siegfried Grundmann, Berlin**

**Manuela Wolke, Erkner:**

**Dr. Hansjörg Bucher, Bonn**

**Dr. Fleisch, Hannover**

**Yvan-Sylvester Nagy, Berlin**

Nach dem Bericht des Präsidenten fand eine rege Diskussion statt, in deren Ergebnis folgender Beschluß gefaßt wurde:

*"Der Schwerpunkt der Tätigkeit der Gesellschaft liegt auf dem Gebiet der Demographie. Im Schriftverkehr ist der Name der Gesellschaft satzungsgemäß zu verwenden. Der Traditionsname (Gesellschaft für Demographie) ist hervorzuheben."*

Für Publikationen und den Schriftverkehr soll im Rahmen eines verbesserten "Marketings" der Gesellschaft ein neues Layout genutzt werden. Entwürfe werden von Mitgliedern vorgestellt. In der weiteren Diskussion wurde vor allem über die Gestaltung der künftigen Arbeit der Gesellschaft diskutiert. Schwerpunkte wurden in einer Verbesserung der Außen- und in einer engeren Zusammenarbeit mit anderen Institutionen gesehen.

## Arbeitskreis Demographie

Im Jahr 1997 fanden bislang folgende wissenschaftliche Veranstaltungen des Arbeitskreises Demographie statt:

### 96. Veranstaltung am 13.2.1997: Globale Probleme

*Prof. Dr. Dittrich*

Das demographische Problem in seiner Relevanz

für die Globalökologie/Globalistik

*Prof. Dr. Khalatbari*

Demographische Transition in den Entwicklungsländern

### 97. Veranstaltung am 23.4.1997

*Prof. Dr. Grundmann*

Migration in der SBZ/DDR/Ostdeutschland, 1946 - 1989/94

### 98. Veranstaltung am 19.6.1997

*Prof. Dr. Steinbicker*

Fehlbildungserfassung in der Region Magdeburg  
Ergebnisse und Trends

## Termine

### Konferenzen: 1997

22- 26 September 1997

#### Statistische Woche - Bielefeld

Am 22. September 1997 führt die Johann-Peter-Süßmilch-Gesellschaft für Demographie ihren 99. Arbeitskreis Demographie zur Thema: "Regionale Sterblichkeit in Deutschland" durch.

25-27 September 1997

#### Center for Population Studies of

#### Department of Economics of Moscow State University

Das o.g. führt eine internationale Konferenz zum Thema: "Population: Current State and Prospect Development of Research Field" durch. Die Konferenz ist dem 75. Geburtstag Professor D. I. Vallenty, dem Gründer des Centers gewidmet.

Weitere Informationen: Herr Dr. V. Elizarov, Center for Population Studies of Department of Economics of Moscow State University, Vorobievsky Gory, 2nd Educational Hall, 119899 Moscow

13-14 November 1997

#### Statistisches Bundesamt/

#### Deutsche Statistische Gesellschaft

Das Statistische Bundesamt führt in Zusammenarbeit mit der Deutschen Statistischen Gesellschaft das 6. wissenschaftliche Kolloquium in Wiesbaden durch. Das Thema des Kolloquiums: *Einkommen und Vermögen in Deutschland*. U. a. werden die folgenden Schwerpunkte behandelt:

- Polarisierungstendenzen der Einkommensverteilung,
- Messung von Armut und Reichtum,
- Verteilungswirkung staatlicher Aktivitäten am Beispiel der Rentenversicherung.

Weitere Informationen: Herr Jürgen Chlumsky, Statistisches Bundesamt, Institut für Forschung und Entwicklung in der Bundesstatistik, 65180 Wiesbaden

20-21 November 1997

#### Institut für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik an der Universität Bielefeld

Das Institut veranstaltet ein Demographisches Symposium zum Thema "Aktuelle Ergebnisse aus der demographischen Forschung". Ziel der Konferenz ist die Diskussion neuester wissenschaftlicher Ergebnisse aus der nationalen und internationalen Forschung. Konferenzsprache ist deutsch und englisch

Anmeldung: Sekretariat des IBS, Frau Brigitte Ballhausen  
Universität Bielefeld, Postfach 100131, Universitätsstr. 25,  
33502 Bielefeld.

### **Konferenzen: 1997**

27-28 November 1997

Universität Lodz

Die Universität Lodz organisiert gemeinsam mit dem Ausschuß für Bevölkerungswissenschaft an der polnischen Akademie der Wissenschaft und der Polnischen Gesellschaft für Demographie eine Konferenz anlässlich des 100. Geburtstages von Professor Edward Rosset.

Themen der Konferenz sind u. a.:

- Wertung der Werke und der Persönlichkeit von Prof. Rosset
- Die demographische Perspektive in Polen
- Aspekte und Konsequenzen des Alterungsprozesses

Offizielle Sprache: polnisch und englisch.

Weitere Informationen sind zu erhalten über Mr. Piotr Szukalski, Secretary of conference, Zaklad Demografii UL, ul. Rewolucji 1905, nr. 41, 91-214 Lodz

### **Konferenzen: 1998**

22-24 April 1998 Bonn

Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft

Die 32. Arbeitstagung dieser Gesellschaft steht unter dem Leitthema "Demographie und Politik". Diskutiert werden u.a.:

- Möglichkeiten und Grenzen des Einflusses der Bevölkerungswissenschaft auf politische Entscheidungsprozesse,
- demographische Auswirkungen politischen Handelns,
- Beeinflussung und Instrumentalisierung der Bevölkerungswissenschaft durch die Politik.

26-28 August 1998

International Geographical Union

Commission on Population and the Environment

Schwerpunkte dieser Konferenz sind:

- Population Geography, theoretical perspectives at the end of the twentieth century.
- Quantitative methods and progress in populations geography
- Exploring quantitative methods in population research.

Anmeldung: The Secretary, CAPR, Department of Geography, University of Dundee, Perth Road, Dundee, Ddl 4HN, United Kingdom

## **Pressespiegel - Hinweise auf neue Publikationen**

- Loy, Harald: Ökonomische Wirkungen eines Geburtenrückgangs, Frankfurt/M. Berlin, Bern, New York, Paris, Wien, 1997, 319 S., XVIII, Europäische Hochschulschriften, Reihe 5, Volks- und Betriebswirtschaft, Bd. 2086
- Stryck, Ingo: Kosten von Kindern, Frankfurt/M. Berlin, Bern, New York, Paris, Wien, 1997, 193 S., Studien zur Haushaltsökonomie, Bd. 15
- Herzog, Wlter; Böni, Edi; Guldemann, Johanna: Partnerschaft und Elternschaft, die Modernisierung der Familie, Bern, Stuttgart, Wien, Haupt, 1997, 418 S.
- Krappmann, Lothar; Lepenies, Annette: Alt und Jung, Spannung und Solidarität zwischen den Generationen, Frankfurt/M., New York, Campus-Verl. 1997, 250 S., Schriftenreihe ADIA-Stiftung zur Erforschung neuer Wege für Arbeit und Soziales Leben, Bd. 7
- Bös, Matthias: Migration als Problem offener Gesellschaften. Globalisierung und sozialer Wandel in Westeuropa und Nordamerika, Leske + Budrich, Opladen 1997
- Rufin, Jean-Christophe: Die neuen Barbaren. Der Nord-Süd-Konflikt nach dem Ende des Kalten Krieges, dtv, München 1996
- Becker, Annette (Hrsg.): Regionale Strukturen im Wandel; Beiträge zu den Berichten der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern (KSPW), Beiträge zum Bericht 5 "Städte und Regionen. Räumliche Folgen des Transformationsprozesses", Band 5.1, Leske + Budrich, Opladen 1997
- Schäfer, Uta (Hrsg.): Städtische Strukturen im Wandel; Beiträge zu den Berichten der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern (KSPW), Beiträge zum Bericht 5 "Städte und Regionen. Räumliche Folgen des Transformationsprozesses", Band 5.2, Leske + Budrich, Opladen 1997
- Andersson, Gunnar: Childbearing in Sweden 1961 - 1995, Stockholm Research Reports in Demography No. 117, Stockholm 1997
- Bolens, Peter: Ethno-Demography: Ist historical context in Russia, Ukraine and Byelorussia, Population Research Centre, University Groningen (Nethur-Demography Paper No. 38), Groningen 1997
- Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover (Hrsg.): Agglomerationsräume in Deutschland. Ansichten, Einsichten, Aussichten, Hannover 1996, Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. 199
- Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (Hrsg.): Perspektiven für den ländlichen Raum, Erkner 1995, Materialien des IRS 8
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie Berlin (Hrsg.):
- Bevölkerungsprognose für Berlin bis zum Jahr 2010. Soziodemographische und teilräumliche Differenzierung; (StadtEntwicklung, Heft 5), Berlin 1997, Bearbeitung und Layout: Toska Wiener, Enno Nowossadeck
- Landesumweltamt Brandenburg (Hrsg.):
- BERLIN-BRANDENBURG regional,. Die Teilräume des gemeinsamen Planungsraumes, Potsdam 1996
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.):
- Strukturdaten über die ausländische Bevölkerung, Stuttgart 1997
- Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales Berlin (Hrsg.): Lebenserwartung in Berlin 1986-1994 - Trends und regionale Unterschiede, Rembrandt D. Scholz, Henning Thielke, Diskussionsbeiträge zur Gesundheits- und Sozialforschung, Diskussionspapier 29, Berlin März 1996

## **Union: Demographische Verschiebungen bewerten**

(woche im bundestag 8/97 vom 30.4.1997, S.XV/92)

Die CDU/CSU hat die Bundesregierung aufgefordert, die demographischen Verschiebungen "mit der Folge eines immer geringer werdenden Anteils von Kindern unter 15 Jahren und einer stetig wachsenden Anzahl von Erwachsenen" zu bewerten. Die Union will mit einer Kleinen Anfrage (13/7466) in Erfahrung bringen, welche Möglichkeiten die Bundesregierung sieht, eine kinderfreundliche Gesellschaft zu sichern. Von Interesse ist auch, welche gesetzlichen Grundlagen für die Partizipation junger Menschen auf Bundesebene, in den Ländern und Gemeinden sowie in Institutionen bestehen.

Ob die Bundesregierung die Notwendigkeit unterschiedlicher Ansätze für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auf Bundesebene einerseits sowie auf der Ebene der Länder und Kommunen andererseits sieht, fragen die Abgeordneten ebenfalls. Junge Menschen müßten sich ernst genommen fühlen, erläutern die Christdemokraten in der Begründung ihrer Anfrage. Ihnen sei zu verdeutlichen, daß sich aus ihrem Engagement "sichtbare gesellschaftliche Konsequenzen ableiten können". Allerdings sollte ihre Beteiligung altersangemessen sein. Kinder seien "keine kleinen Erwachsenen, sondern Persönlichkeiten mit ganz eigenen Interessen, die Achtung und Respekt verdienen".

## **Kinder in Entscheidungsprozeß einbeziehen**

(woche im bundestag 9/97 vom 22.5.1997, S.XV/93)

Kinder können nach Auffassung der Bundesregierung vor allem auf kommunaler Ebene an gesellschaftspolitischen Entscheidungsprozessen beteiligt werden. Dies gelte insbesondere für jüngere Kinder, erklärt die Bundesregierung in ihrer Antwort (13/7597) auf eine Kleine Anfrage der CDU/CSU (13/7466).

Es sei grundsätzlich "sinnvoll, wünschenswert und möglich", Kindern die Chance zu geben, für ihre eigenen Belange einzutreten. Die Regierung denkt dabei auch an Institutionen, die Mädchen und Jungen besuchen, also Kindergarten, Hort, Schule, Jugendverband und Freizeiteinrichtung. Für ältere Kinder könnten gemeindebezogene Kinder- und Jugendparlamente oder die bereits in Baden-Württemberg existierenden Jugendgemeinderäte eine "angemessene Möglichkeit sein, Meinungen untereinander auszutauschen und gemeinsame Positionen zu formulieren".

Auch im Ausland sei die Beteiligung von Kindern an Entscheidungsprozessen weit verbreitet. So gebe es etwa im italienischen Aulla ein Kinderbürgermeister, dem ein 30köpfiger Gemeinderat seines Alters zur Seite stehe, der ein Büro im Rathaus, Kompetenzen in Sachen Umwelt, Sport, Altenhilfe und Jugend sowie vor allem einen Etat von rund 100.000 DM habe. In Frankreich existierten seit etwa 20 Jahren Jugendparlamente. Ihre Zahl betrage heute mehr als 700.

In Deutschland ist nach Angaben der Bundesregierung der Anteil der Kinder unter 15 Jahren an der Bevölkerung "deutlich gesunken". Habe er 1950 noch bei 23,2 Prozent gelegen, betrage er 1995 nur noch 16,2 Prozent. Demgegenüber sei der Anteil der Erwachsenen im Alter von 60 Jahren und mehr im gleichen Zeitraum von 14,8 Prozent auf 21 Prozent gestiegen.

## **Bundestag: Beschlüsse der Weltfrauenkonferenz umsetzen**

(woche im bundestag 4/97 vom 5.3.1997, S.XV/86)

Die Bundesregierung sollen Strategien oder Aktionspläne entwickeln, um die Beschlüsse der Weltfrauenkonferenz vom September 1995 in Peking umzusetzen. Einen entsprechenden von CDU/CSU und F.D.P. (13/4357) befürwortete der Bundestag am 27. Februar. Abgelehnt wurden weitere frauenpolitische Initiativen der im Parlament vertretenen Oppositionsparteien. Grundlagen der Beratungen waren Beschlußempfehlungen des Familienausschusses (13/6659, 13/6660, 13/6696).

Union und Liberale sprachen sich dafür aus, die Ergebnisse der Weltfrauenkonferenz und die nationalen Strategien einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Es gelte, Frauen und Männer für Thema zu sensibilisieren und zur Mitarbeit bei der Umsetzung der Beschlüsse zu ermuntern. Darüber hinaus müsse die Bundesregierung sich für die Durchsetzung von Frauenrechten als Menschenrechten einsetzen und national wie international weiterhin für den Schutz von Frauen und Mädchen eintreten.

Die Sozialdemokraten hatten in ihrem abgelehnten Antrag (13/4366) kritisiert, die Regierung habe bislang ihre Aufgaben bei der Nachbereitung der Konferenz nicht wahrgenommen. Sie müsse einen nationalen Plan zur Umsetzung der Peking Beschlüsse mit zeitlichen Zielvorgaben vorlegen und dem Parlament jährlich berichten. Die SPD-Fraktion hielt es vor allem für wichtig, die überproportionale Arbeitslosigkeit von Frauen zu bekämpfen.

Nicht durchsetzen konnten sich im Bundestag überdies Bündnis 90/Die Grünen mit einem Antrag (13/4116). Bei der Neuverhandlung um den Maastrichter Vertrag müsse die Bundesregierung sich dafür einsetzen, daß die Gleichberechtigung von Frauen und Männern als politisches Ziel in den Kontrakt aufgenommen wird. Die Peking Beschlüsse seien innerhalb der Europäischen Union zügig umzusetzen und auf nationaler Ebene abzusichern.

Ebenfalls keine Mehrheit fand die PDS mit ihrem Antrag (13/4102), beim Bonner Familienministerium eine ständige Kommission einzusetzen, die den Stand der nationalen Umsetzung eines Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen alle Formen der Diskriminierung von Frauen überwacht. Dieses Gremium, das aus Parlamentarierinnen aller im Bundestag vertretenen Parteien, Vertreterinnen von Gewerkschaften und Verbänden sowie von Nichtregierungsorganisationen zusammengesetzt sein sollte, hätte beispielsweise die Aufgabe, das Parlament zu informieren, wenn das Abkommen verletzt wird.

## **Wegen der Kinder wird langfristig disponiert**

(woche im bundestag 1/97 vom 22.1.1997, S.XV/81)

Die Bundesregierung hält es für unzutreffend, daß Kinder generell eine wirtschaftliche Verarmung von Familien bewirken. In ihrer Antwort (13/6622) auf eine Kleine Anfrage der SPD (13/6141) beruft sie sich auf Daten, nach denen viele Familienhaushalte eine hohe Leistungsfähigkeit haben.

Die Regierung erläutert, viele Familien disponierten wegen der Kinder langfristig. Kinder veranlaßten zu Konsumverzichten und erhöhten die Sparanstrengungen von Eltern für Erziehung und Ausbildung der Kinder.

In der Antwort wird auf die Berechnungen aus zurückliegen-

den Jahren verwiesen, denen zufolge sich die monatliche Lebenshaltungskosten eines Kindes unter 18 Jahren bei Alleinerziehenden auf 25 Prozent der Aufwendungen des Haushaltes für den privaten Verbrauch beliefen. Bei Ehepaaren mit einem Kind unter 18 Jahren habe der entsprechende durchschnittliche Aufwendungsanteil etwa 19,5 Prozent ausgemacht, bei Ehepaaren mit zwei Kindern etwa 26 Prozent, berichtet die Regierung in der Antwort weiter.

### **Freiwillige Rückkehr nach Bosnien ermöglichen**

(woche im bundestag 7/97 vom 23.4.1997, S.II/265)

Die Bundesregierung soll die Bedingungen für eine freiwillige Rückkehr der bosnischen Flüchtlinge schaffen. Zusammen mit bosnischen Stellen, internationalen und nichtstaatlichen Organisationen, Kommunen sowie den Flüchtlingen selbst müsse sie Aufbauprojekte in die Wege leiten, verlangen Bündnis 90/Die Grünen in einem Antrag (13/7284) vom 26. März. Angesichts der Lage vor Ort seien Abschiebungen nach Bosnien zu stoppen und der "unrealistische Zeitplan" für die Rückkehr der Flüchtlinge zurücknehmen. Die Bundesländer sollten die Herkunftsorte der Flüchtlinge ermitteln und so einen Überblick über potentielle Zielorte erreichen.

Traumatisierten Flüchtlingen müsse die Regierung ein dauerhaftes Bleiberecht gewähren.

Ein Bleiberecht sollten auch unter anderem Zeugen des Kriegsverbrechertribunals in Den Haag, Deserteuren oder Kriegsdienstverweigerer erhalten.

### **1996 erstmals seit der Vereinigung mehr Geburten als im Vorjahr**

(StaBu-Mitteilung für die Presse vom 18. 2. 1997)

1996 wurden in Deutschland mehr Kinder geboren als 1995. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, sind 1996 nach vorläufigen Ergebnissen rund 789 000 Lebendgeborene registriert worden, im Vergleich zum Vorjahr ein Plus von 3,8 Prozent. Damit stieg zum ersten Mal seit 1990 die Geburtenzahl in Deutschland wieder an.

Diese Zunahme fiel in den neuen Ländern und Berlin-Ost mit 11,5 Prozent auf jetzt 92 000 lebendgeborene Kinder sehr deutlich aus. Hier hatte es bereits 1995 einen Anstieg gegeben. Allerdings liegen die Geburtenzahlen dort im Jahr 1996 auch nach diesen Zuwächsen nur halb so hoch wie im Jahr 1990.

Im früheren Bundesgebiet waren die Geburtenzahlen seit 1991 ständig, wenn auch nur um wenige Prozentpunkte, gefallen. 1996 nahmen sie erstmals wieder gegenüber dem Vorjahr zu, und zwar um 2,9 Prozent auf rund 697 000.

### **Ergebnisse der Schwangerschaftsabbruchstatistik nach der gesetzlichen Neuregelung der Statistik für das Jahr 1996**

(StaBu-Mitteilung für die Presse vom 23. 5. 1997)

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes sind 1996 in Deutschland rund 139 000 Schwangerschaftsabbrüche gemeldet worden. Gegenüber 1995 hat sich damit die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche von rund 97 900 um annähernd

33 000 erhöht. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß die Anzahl der Schwangerschaftsabbrüche für 1995 noch nach der bis Ende 1995 geltenden gesetzlichen Grundlage ermittelt wurde. Die seit dem 1. Januar 1996 geltende Neuregelung soll die statistische Dunkelziffer der Schwangerschaftsabbrüche verringern. Der wesentliche Unterschied gegenüber der bis dahin geltenden Regelung besteht darin, daß eine Pflicht zur Angabe von Name und Anschrift des Auskunftspflichtigen (Inhaber der Arztpraxis; Leiter des Krankenhauses) als sogenannte Hilfsmerkmale vorgeschrieben wurde. Mit der Einführung der Hilfsmerkmale, die der technischen Durchführung der Statistik dienen, sind ein Kontrolle der Einhaltung der Meldepflicht, gegebenenfalls Rückfragen oder auch Mahnungen gewährleistet. Die bisherige Regelung verlangte nur eine anonyme Abgabe der Meldungen durch die Auskunftspflichtigen.

Der Anstieg der Schwangerschaftsabbrüche um ca. 34 Prozent dürfte weitgehend auf die dargestellt gesetzliche Neuregelung zur Bundesstatistik zurückzuführen sein und damit nicht als tatsächliche Zunahme angesehen werden.

Die Neuregelung hat damit – unbeschadet gewisser Schwierigkeiten (z.B. verfügen die Landesärztekammern teilweise nicht über vollständige und aktuelle Übersichten über die für den Eingriff zugelassenen Ärzte) – die Dunkelziffer verkleinert. In den Zahlen der Schwangerschaftsabbruchstatistik sind die im Ausland vorgenommenen Abbrüche nicht enthalten.

Erstmals können aufgrund der Meldungen Schwangerschaftsabbruchstatistik 1996 Aussagen darüber getroffen werden, in welcher Größenordnung Frauen den Eingriff in einem anderen Bundesland als dem ihres Wohnsitzes haben vornehmen lassen. Es handelt sich um 7 650 (6 Prozent) Abbrüche. Die Schwangerschaftsabbruchquote in Deutschland betrug insgesamt 165 (Schwangerschaftsabbrüche je 1 000 Lebend- und Totgeborene).

Die Ergebnisse der Schwangerschaftsabbruchstatistik zeigen deutliche Unterschiede zwischen dem früheren Bundesgebiet (einschließlich Berlin-Ost) und den neuen Ländern. Die Schwangerschaftsabbruchquote liegt in Ostdeutschland mit 356 deutlich über der Quote Westdeutschlands (143).

Die Schwangerschaftsabbrüche wurden etwa zur Hälfte in ambulanten Praxen bzw. in Krankenhäusern durchgeführt. In den neuen Ländern wurden diese Eingriffe überwiegend in Krankenhäusern (zu 81 Prozent), im früheren Bundesgebiet hingegen vorrangig in ambulanten Praxen vorgenommen (62 Prozent). Auch hinsichtlich des Zeitpunktes des Abbruchs zeigt die Statistik Unterschiede: Im Westen Deutschlands wurde der Eingriff in 45 Prozent der Fälle vor der 8. Schwangerschaftswoche durchgeführt, in den neuen Ländern dagegen in 31 Prozent.

Mehr als die Hälfte der Frauen war verheiratet (früheres Bundesgebiet 51 Prozent, neue Länder 57 Prozent). In rund 4 Prozent aller Fälle waren die Schwangeren minderjährig (früheres Bundesgebiet gut 3 Prozent, neue Länder ca. 4 Prozent). Etwa jede dritte Frau hatte vorher noch kein Kind geboren (früheres Bundesgebiet rund 41 Prozent, neue Länder 20 Prozent). 4 874 aller 1996 gemeldeten Schwangerschaftsabbrüche wurden aufgrund einer medizinischen (4 818 Fälle) oder kriminologischen (56) Fälle Indikationen vorgenommen. Die eugenische (kindliche) Ursache ist nach der gesetzlichen Neuregelung durch das Schwangeren- und Familienhilfeänderungsgesetz vom 25. August 1995 nicht mehr zulässig und wird deshalb nicht mehr statistisch ausgewiesen.

## Ende 1996 lebten rund 7,3 Mill. Ausländer in Deutschland

(StaBu-Mitteilung für die Presse vom 19. 6. 1997)

Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, besitzen rund 8,9 % der Einwohner Deutschlands (7,3 Mill.) eine andere Staatsbürgerschaft als die deutsche. Gut ein Viertel von ihnen lebt bereits zwanzig Jahre oder länger in Deutschland, bei etwa der Hälfte der ausländischen Mitbürger beträgt die Aufenthaltsdauer mehr als zehn Jahre. Die meisten Ausländer stammen aus der Türkei (2 Mill. Oder 28,1 % der ausländischen Bevölkerung), 1,8 Mill. (25,3 %) kommen aus den EU-Staaten. Unter den rund 19,7 Mill. Ehepaaren in Deutschland gibt es 1,3 Mill. ausländische Ehepaare (6,7 %), bei 636 000 oder 3,2 % der Ehepaare hat ein Ehepartner eine ausländische Staatsangehörigkeit.

Diese und viele weitere Informationen enthält die neue Veröffentlichung "Strukturdaten über die ausländische Bevölkerung", die jetzt in der thematischen Reihe des Statistischen Bundesamtes erschienen ist. Die 66 Seiten starke Veröffentlichung ist als Tabellenband konzipiert und bietet neben Informationen zu demographischen und Familienstrukturen sowie grenzüberschreitende Wanderung auch Angaben über Wohnverhältnisse, Bildungsbeteiligung, Erwerbstätigkeit, Sozialhilfebezug, Strafverfolgung, Einbürgerungen und Asylanträge. Um dieses breite Spektrum abzudecken, wurden neben Daten des Ausländerzentralregisters und Ergebnissen des Mikrozensus zahlreiche weitere Statistiken berücksichtigt, die Zahlen für Ausländer ausweisen.

Die Veröffentlichung "Strukturdaten über die ausländische Bevölkerung" ist zum Preis von DM 13,60 im Buchhandel oder beim Verlag Metzler-Poeschel, Stuttgart (Fax: 07071/66986, Tel.: 07071/935350) zu beziehen.



### UN-Veröffentlichungen zu Bevölkerung und Demographie im Internet

<http://www.undp.org/popin/popin.htm>  
<http://www.unfpa.org>

Alle Sonderorganisationen der Vereinten Nationen sind im Internet mit HomePages vertreten (Textinformationen, aktuelle Statistiken, Literaturdatenbanken, graphisch aufbereitetes Material). Für Bevölkerungsstatistiken und Demographie ragen insbesondere die Seiten des UN-Bevölkerungsfonds UNFPA und der UN Population Division (Population Information Network -POPIN) heraus. Letztere ist dem Generalsekretariat zugeordnet. Die POPIN-Seite liegt aber auf dem Server des UN-Entwicklungsprogramms UNDP, dem Hauptsponsor zusammen mit der UNFPA.

Während die UNFPA-Seite neben einer Reihe von Publikationen, unter anderem dem jährlich erscheinenden Weltbevölkerungsbericht, auch die Projektarbeit des Fonds in den Bereichen Familienplanung und Gesundheitsfürsorge vorstellt, enthält POPIN eine "elektronische Bücherei", Informationen zu regionalen Organisationen und umfangreiche Tabellen und Grafiken zu demographischen Phänomenen wie Bevölkerungswachstum und Migration (global und nach Großregionen). Zum Teil sind diese Statistiken mit farbigen Graphiken illustriert, die sich erstaunlich schnell "down laden" lassen.

Quelle: Web Tip von R. Jüngst, in *Geographische Rundschau*, 49(1997)H.7-8, S. 456

### Am Rande bemerkt: Ein merkwürdiges Rezept: zur Lösung der Bevölkerungsfrage!

Als im 19. Jahrhundert die Bevölkerungsexplosion in den europäischen Ländern tobte, sah Arthur Freiherr von Fircks bereits 1898 eine düstere Zukunft für Europa voraus. Er empfiehlt das folgende Rezept für die "Lösung" der Frage: "Dieser Ausblick auf die Zukunft läßt besorgen, daß schon nach Verlauf eines halben Jahrhunderts an viele Kulturstaaten die schwierige Aufgabe herantreten wird, ihrer wachsenden Volkszahl, die in der Heimat nicht mehr erhalten werden kann, auf Kosten anderer Völker und nöthigenfalls durch Anwendung von Gewalt lohnende Beschäftigung zu verschaffen, sei es durch Besitznahme fremder Länder und deren Besiedlung, sei es durch erzwungene Zulassung der heimischen Industrieerzeugnisse auf fremden Märkten und gleichzeitige Sperrung des eigenen Marktes für fremde Waren."

(Arthur Freiherr von Fircks, *Bevölkerungslehre und Bevölkerungspolitik*, Verlag von G. L. Hirschfeld, Leipzig 1898, Seite 307/308)

### Die Erhöhung des Heiratsalters: ein Rezept zur Lösung der sozialen Fragen!

"Durch eine derartige Anordnung (die Erhöhung des Heiratsalters) würde zunächst die proletarische Volksvermehrung und damit die in allen Kulturstaaten von Jahr zu Jahr anwachsende Zahl der Arbeitslosen, Landstreicher und Verbrecher, der classes dangereuses, vermindert und dadurch die Gesellschaft einer Gefahr überhoben werden, der sie bis jetzt hilflos gegenüber steht."

(Arthur Freiherr von Fircks, *Bevölkerungslehre und Bevölkerungspolitik*, Verlag von G. L. Hirschfeld, Leipzig 1898, Seite 311)

### IMPRESSUM

Die Mitteilungen der Johann-Peter-Süßmilch-Gesellschaft für Demographie e. V. erscheinen zweimal jährlich. Sie werden an die Mitglieder der Gesellschaft kostenlos versandt. Alle anderen Interessenten können die Mitteilungen für 1,-DM (zuzüglich der Portogebühren) erhalten.

#### Herausgeber:

Johann-Peter-Süßmilch-Gesellschaft für Demographie e. V.  
Vors. Prof. Dr. Parviz Khalatbari  
Parkaue 3, 10367 Berlin

#### Bankverbindung:

Berliner Bank  
BLZ: 100 200 00  
Konto-Nr.: 2099 9500 00

#### Redaktion und Layout:

Dr. Förster, Matthias, Dr. Maretzke, Steffen

Die Redaktion freut sich über alle Beiträge, die zur Veröffentlichung eingereicht werden. Informieren Sie uns bitte über Veranstaltungen u.a. wichtige Dinge, die es Wert sind, mitgeteilt zu werden. Beiträge für die Mitteilungen können direkt an die Redaktion:

- Dr. Matthias Förster, Waldhöhe 7, 15834 Rangsdorf  
Tel-Nr. (dtl.): 0331/2891 252 bzw. 0331/2891 253 oder
- Dr. Steffen Maretzke, Honnefer Str. 29, 53179 Bonn  
Tel-Nr. (dtl.): 0228/826 326  
eMail: Steffen.Maretzke@T-Online.de

möglichst bereits als WORD- oder ASCII-Datei, gesandt werden. Die Beiträge liegen in der alleinigen Verantwortung der Autoren.